



Fakten und Argumente

Angela Merkel: Wenn andere Parteien im Wahljahr in einen Wettbewerb um die Mitte eintreten wollen – CDU und CSU kann das nur recht sein. Denn es rückt unsere Stärke in den Fokus. (Siehe Seite 10)



ZUWANDERUNG

Arbeitsmarktpolitik muss in erster Linie **Vermittlung** sein

„Wir wollen, dass die Bundesanstalt für Arbeit endlich weg kommt von der Verwaltung der Arbeitslosigkeit und sich stärker als bisher auf ihre Kernaufgabe konzentriert: auf die Vermittlung von Arbeit.“

Auf diese Formel brachte die Parteivorsitzende die „Aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland“, die Präsidium und Bundesvorstand

am 18. Februar in Berlin beschlossen haben.

„Bundesagentur für den Arbeitsmarkt“ soll zum Zeichen der neuen Akzentsetzung die Nürnberger Behörde künftig heißen. Angela Merkel: „Wir wollen damit deutlich machen: Die Bundesanstalt nimmt eine Dienstleistungsaufgabe für Arbeitslose wahr.“

Fortsetzung Seite 2

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ein Gespräch



mit dem Bundesinnenminister über die Zuwanderungspolitik abgesagt. Friedrich Merz begründete die Absage mit dem Fehlen schriftlicher Kompromissangebote seitens der Regierung und mit der Weigerung der SPD, die Äusserungen von Ludwig Stiegler zurückzunehmen. (Siehe Seite 7-9)

■ Laurenz Meyer: Schröders Mitte ist ein potemtinsches Dorf (Seite 4) ■ Edmund Stoiber: Integrationsfähigkeit und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sind das Maß der Zuwanderung. Aus der Passauer Rede des Kanzlerkandidaten (Seite 6) ■ Zuwanderung und Integration: Union fordert Nachbesserungen (Seite 7) ■ Friedrich Merz zu dem Verunglimpfungen des SPD-Abgeordneten Stiegler: Die SPD muss sich entschuldigen. Und: Brief von Angela Merkel und Guido Westerwelle an den Bundeskanzler: Stellen Sie klar (Seite 8-9) ■ Angela Merkel: Die Mitte ist rechts von links (Seite 10-12) ■ Mit dem Internet fit für den Wahlkampf (Seite 16) ■ Angela Merkel und Maria Böhmer danken Rita Süßmuth (Seite 18) ■ Betriebsratswahlen in diesem Jahr: 1. März bis 31. Mai (Seite 19) ■ Leitsätze für eine aktive Außen und Sicherheitspolitik. Beschluss des 14. Parteitags in Dresden (Dokumentation)

IMPRESSUM



Haushaltsentlastung nicht auf Kosten von Ländern und Gemeinden

Die Reform der Bundesanstalt für Arbeit, die die CDU ausdrücklich als „Beitrag für einen zukünftigen Arbeitsmarkt“ versteht, wird die Behörde von Aufgaben entlasten, die eigentlich nicht in ihre Zuständigkeit gehören:

- Der Familienlastenausgleich wird deshalb künftig als „Familiengeld“, in dem Kinder- und Erziehungsgeld zusammengeführt werden sollen, über die Steuerverwaltungen ausbezahlt sein.
- Die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung soll auf die Zollverwaltung übertragen werden.

Neben Dezentralisierung der Arbeitsverwaltung und Verschlankung der Landesarbeitsämter soll die private Arbeitsvermittlung verstärkt werden. Erster Schritt: das Zulassungsverfahren für private Arbeitsvermittler nicht mehr über die Bundesanstalt für Arbeit abwickeln.

Die Parteivorsitzende erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die CDU nur gegen den erbitterten Widerstand der SPD das Vermittlungsmonopol der Nürnberger Anstalt hatte aufheben können.

Als „Wahlkampf um seine grüne Klientel“ bezeichnete Angela Merkel die Kritik, die Außenminister Fischer neuerdings an der Anti-Terror-Politik der US-Administration übt. Er sollte seine Regierungsarbeit machen und auch das deutsche Interesse daran zum Ausdruck bringen, dass der Irak die UN-Resolutionen einhält.

Den Vorschlag von Finanzminister Eichel, die Verschuldung der Haushalte durch einen nationalen Solidaritätspakt zurückzuführen, begrüßt die CDU. Die Entlastung dürfe allerdings nicht einseitig zu Lasten der Länder und Gemeinden gehen.

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland

– Ein Beitrag für einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt –

Zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit und zur Stärkung ihrer Vermittlungstätigkeit sind folgende Maßnahmen vorrangig umzusetzen:

■ **Arbeitsvermittlung hat Vorrang – Konzentration auf die Kernaufgaben und Entlastung von sachfremden Aufgaben**

Die Bundesanstalt muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Dies sind

- die Vermittlung von Arbeitslosen auf offene Stellen,
- die Aktivierung von Arbeitslosen und deren Unterstützung bei der Aufarbeitung von Vermittlung sowie
- die Durchführung der Arbeitslosenversicherung.

■ **Arbeitsmarktpolitik stärker dezentralisieren**

Die effiziente Wahrnehmung der Kernaufgaben der Arbeitsverwaltung setzt eine Dezentralisierung voraus. Die Zentrale der Bundesanstalt in Nürnberg soll sich künftig im Wesentlichen darauf konzentrieren, die bundeseinheitliche Anwendung des geltenden Rechts zu beaufsichtigen, positive lokale und regionale Ansätze der

Vermittlung in Arbeit zu bündeln, zu verbreiten und weiter zu entwickeln sowie Vorschläge zur Entbürokratisierung der Verwaltungs- und Vermittlungstätigkeit zu unterbreiten.

■ **Wettbewerb mit privaten Arbeitsvermittlern stärken**

Gegen den Widerstand der Sozialdemokraten hat die Union das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit aufgehoben und private Arbeitsvermittler zugelassen. Effektivität und Akzeptanz der Arbeitsämter werden nur dann erhöht, wenn sie sich auch in Wettbewerb und Kooperation mit privaten Anbietern bewähren müssen. Bundesarbeitsminister Riester hat es von Anfang an versäumt, mit der Bundesanstalt für Arbeit in einen Dialog über effiziente und wirtschaftliche Vermittlungsaktivitäten der öffentlichen und privaten Arbeitsvermittlung einzutreten. Wir fordern deshalb, dass den Arbeitslosen künftig öffentliche und private Arbeitsvermittlung ohne Anknüpfung an die Dauer der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehen.

Zur Stärkung des Wettbewerbs in der Arbeitsvermittlung sollen Arbeitssuchende künftig einen Vermittlungsgutschein erhalten, sofern das Arbeitsamt nicht sofort einen freien Arbeitsplatz nachweisen kann. Dieser Gutschein berechtigt, Vermittlungsunterstützung auch durch private Anbieter zu erhalten oder ergänzende Trainingsmaßnahmen in Anspruch nehmen zu können.

Das Zulassungsverfahren für private Arbeitsvermittler und Zeitarbeitsunternehmen muss einer anderen Behörde als der Bundesanstalt für Arbeit zugeordnet werden. Es ist ein Anachronismus, dass die Behörde, die im Wettbewerb zu privaten Arbeitsvermittlern und Zeitarbeitsunternehmen steht, gleichzeitig über deren Zulassung entscheidet.

■ **Arbeitslosenstatistik endlich aussagekräftiger machen**

Die Arbeitsmarkt-Statistik ist umfassend zu entrümpeln und wesentlich aussagekräftiger zu machen. Sie muss insbesondere auf die politisch wesentlichen Bereiche konzentriert werden,

damit politischer Handlungsbedarf rasch und zutreffend erkannt werden kann.

■ **Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen besser überprüfen**

Alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind ständig auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. So ist vor allem zu untersuchen, ■ welches Kosten-Nutzen-Verhältnis eine Maßnahme aufweist, ■ in welchem Umfang eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt gelingt und ■ welche Mitnahmeeffekte entstehen.

■ **Selbstverwaltung reformieren**

Auch die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit muss einer Strukturreform unterzogen werden. Ziel muss sein, zu schlanken und demokratisch legitimierten Gremien zu kommen, die ihre Kompetenzen und Kontrollaufgaben wirksam wahrnehmen können.

■ **Kundenorientierung erhöhen**

Die Aufgabe der kundenorientierten Vermittlung in Arbeit muss absolute Priorität in den Arbeitsämtern erhalten. Die Arbeitsämter müssen ihre Tätigkeit stärker an den Möglichkeiten

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Schröders Mitte ist ein potemkinsches Dorf

Zur Rede des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder auf dem SPD-Kongress „Die Mitte in Deutschland“ erklärte Generalsekretär **Laurenz Meyer:**

Die Ausführungen des Bundeskanzlers waren der beste Beweis dafür, dass seine eigene rot-grüne Bundesregierung unter den selbst aufgestellten Latten einer politischen Mitte drunter herläuft.

Die höchste Staatsverschuldung in Europa hat mit Nachhaltigkeit und Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen nichts zu tun. Für 4,3 Millionen Arbeitslose ist die Worthülse soziale Gerechtigkeit zur Beleidigung geworden. Und wie steht es

mit der politischen Kultur von Gerhard Schröder, wenn er durch den Pakt mit



der PDS die SPD nach Linksaußen rücken lässt?

Das Fazit lautet: Die politische Mitte des SPD-Vorsitzenden Schröder ist nichts anderes als ein potemkinsches Dorf. Schröder versucht es immer wieder, mit bloßer Rhetorik sich aus seiner Verantwortung als Bundeskanzler zu reden. Wer zudem erklären lässt, die „Mitte ist rot“, unterliegt einem politischen Irrtum. Das sagt viel über die eigene Selbsteinschätzung und den wahren Kurs der Sozialdemokraten aus.

und Bedürfnissen der Arbeitssuchenden und der Arbeitgeber ausrichten und sich als „Service-Agentur“ verstehen. Um das zu erreichen, sind folgende Maßnahmen erforderlich: ■ kundenorientierte Öffnungszeiten der Arbeitsämter auch an Nachmittagen und in den Abendstunden, ■ flächen-

deckende Einrichtung von Arbeitgeber-Hotlines, über die Stellenangebote rasch in die Vermittlungstätigkeit eingespeist werden können.

■ Akquirierung von Arbeitsstellen durch aktivere Betreuung der Arbeitgeber z. B. durch Betriebsuche und detaillierte Erstellung von Anforderungs- und Be-

werberprofilen, ■ Verbesserung der Internetnutzung zur Stellenvermittlung bis hin zur Selbstvermittlung, ■ bundesweite Vernetzung der Datensysteme der 181 Arbeitsämter, damit die Vermittlungstätigkeit nicht an den Zuständigkeitsbereichen einzelner Arbeitsämter scheitert, ■ Ausbildung von „Vermittlungsmanagern“, deren Aufgabe darin besteht, regionale Arbeitsmarktnetze aufzubauen.

■ **Zahl der Arbeitsvermittler stark erhöhen – Leistungsanreize verbessern**

Die in der Arbeitsvermittlung tätigen Mitarbeiter haben die schwierige Aufgabe, eine passgenaue persönliche Beratung zu leisten, individuelle Anforderungsprofile zu erstellen und möglicherweise auch Qualifizierungserfordernisse herauszuarbeiten.

Durch die Konzentration auf Kernaufgaben und die Verschlinkung der Struktu-

ren eröffnet sich die Chance, einen größeren Teil der rund 90.000 bei der Bundesanstalt für Arbeit Beschäftigten für direkte Vermittlungstätigkeiten einzusetzen. Ziel muss es sein, die Zahl der derzeit etwa 8.500 Arbeitsvermittler auf mindestens 20.000 Arbeitsvermittler aufzustocken und so die Arbeitsvermittlung zu verstärken.

Außerdem müssen Verfahren gefunden werden, Anreize für besondere Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Vermittlung zu setzen. Erfolgsorientierte Entlohnungsanteile erhöhen die Motivation, eine Vermittlung auch tatsächlich erfolgreich und möglichst dauerhaft abzuschließen.

■ **Niedriglohnbereich: Dreisäulenmodell der Union**

Besondere Probleme der Arbeitsvermittlung bestehen im Niedriglohnbereich. Für Arbeitnehmer bestehen

kaum Anreize zur Aufnahme von Arbeit, da die Beiträge zur Sozialversicherung zu hoch und die Steuerregelungen zu kompliziert sind. Die Union hat zur Lösung dieses Problems ein „Drei-Säulen-Modell“ vorgestellt, durch das kleine Einkommen von Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden und Arbeitslosengeldempfänger aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit eine Aufstockung des Arbeitsentgeltes einschließlich eines Zuschlages erhalten können, wenn sie bereit sind, eine niedrig entlohnte Arbeit anzunehmen. Allein durch diese Maßnahmen, mit denen neue Beschäftigungsbereiche erschlossen werden, könnten bis zu 800.000 neue Stellen geschaffen werden.

[http://](http://www.cdu.de)
Voller Wortlaut des Bundesvorstandsbeschlusses zur aktiven Arbeitsmarktpolitik:
www.cdu.de

Fischer in den grünen Latzhosen des Wahlkämpfers

Einen „schweren Fehler“ hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger die Kritik des grünen Außenministers Fischer an der Anti-Terror-Politik der Vereinigten Staaten genannt. Mit der „in Stil und Inhalt völlig unangemessenen“ öffentli-

chen Belehrung von Präsident George W. Bush sei der Vizekanzler „aus dem feinen Anzug des Staatsmannes in die Latzhosen des grünen Wahlkämpfers geschlüpft“. Fischer zeige damit: Er und seine Partei stehen „mit dem Rücken an der Wand“.

Maß der Zuwanderung: Integrationsfähigkeit und Lage auf dem Arbeitsmarkt

Ich will eine redliche Auseinandersetzung über die Frage, wieviel an Zuwanderung unsere Gesellschaft noch verkraften kann:

■ angesichts von über 4 Millionen Arbeitslosen in unserem Land ■ angesichts von über 1 Million Kinder, die von der Sozialhilfe leben, ■ angesichts der zunehmenden Zahl von Schulklassen, in denen deutsche Kinder in der Minderheit sind und ■ angesichts einer zunehmenden Zahl von ausländischen Schülern, die keinen Abschluss erreichen, weil sie bei uns zu spät und häufig mit völlig unzureichenden Deutschkenntnissen eingeschult werden, ■ angesichts ganz erheblicher Integrationskosten in Milliardenhöhe, die Bund, Länder und Kommunen schon heute jährlich aufzubringen haben.

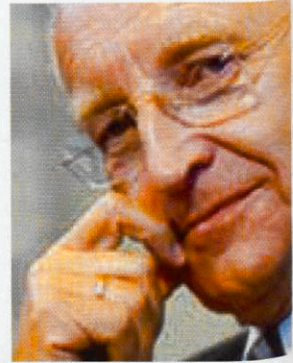
Unsere Position ist klar: Die Zuwanderung muss sich an der Integrationsfähigkeit der Gesellschaft orientieren. Zuwanderung darf nicht zur Entwicklung von Parallelgesellschaften führen. Doch Rot-Grün verweigert sich diesen Problemen, weil sie im Grunde genommen unsere

Gesellschaft und unsere nationale Identität durch Zuwanderung verändern wollen.

Auch wenn uns die Bundesregierung gegenwärtig etwas anderes glauben machen will: Die Grünen haben keine Zuwanderungsbegrenzung im Kopf. Sie wollen genau das Gegenteil von Zuwanderungsbegrenzung. Das belegen eindeutig die Parteiprogramme, die Parteirats- und Parteitagbeschlüsse der Grünen.

Ich gehe davon aus, dass die Grünen ihre eigenen Beschlüsse und Ziele nicht aufgeben und verraten werden. Deshalb lautet mein Fazit: Die Grünen sind nur scheinbar zu Kompromissen beim Zuwanderungsgesetz bereit. Sie versuchen uns mit Kompromissangeboten zu ködern und die Öffentlichkeit zu täuschen.

Die Grünen wollen offensichtlich das Gesicht Deutschlands verändern. Vor diesem Hintergrund muss die Debatte um das Zuwanderungsgesetz und müssen auch die scheinbaren verbalen Zugeständnisse von Rot-Grün sehr kritisch gesehen werden.



Aus der Rede des Kanzlerkandidaten der Union beim Politischen Aschermittwoch am 13. Februar in Passau

Wir halten daran fest: Wer dauerhaft bei uns leben möchte, der muss den Willen zur Integration haben und auch bereit sein, unsere Werte und unsere Kultur zu achten und zu respektieren. Deutschland erbringt schon heute eine große Integrationsleistung. Wir integrieren jedes Jahr eine Stadt in der Größe von Nürnberg oder Dortmund. Da ist die Integrationsfähigkeit vieler Orts bereits jetzt überschritten.

Für uns gilt: Die Integrationsfähigkeit und die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist das Maß der Zuwanderung!

UD

Union fordert **Nachbesserungen**

Am 14. Februar in Berlin fanden Beratungen über den Koalitionsentwurf eines Zuwanderungsgesetzes statt. An den Beratungen nahmen die Spitzen von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber sowie die Generalsekretäre Laurenz Meyer und Thomas Goppel teil – aber auch der Vorsitzende der Zuwanderungskommission, Ministerpräsident Peter Müller, der bayerische Innenminister Günther Beckstein und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach.

Müller machte deutlich, dass der vorliegende Entwurf nicht zustimmungsfähig sei, da keine Begrenzung der Zuwanderung stattfinde, sondern eine Ausweitung. Dies werde die Probleme bei der Integration verschärfen.

Geszentwurf überarbeiten

Der saarländische Ministerpräsident betonte, die Union habe ihren Nachbesserungsbedarf in einem „Sechzehn-Punkte-Papier“

konkretisiert. Er forderte die Koalition auf, die Änderungsvorschläge von CDU und CSU zu berücksichtigen und einen überarbeiteten Geszentwurf vorzulegen.

Müller machte deutlich, dass die Union das von der Koalition angestrebte Verfahren nicht akzeptieren werde. Rot-Grün plant, die Vorschläge von CDU und CSU erst vor der Entscheidung im Bundesrat zu berücksichtigen, nicht schon bei der Abstimmung im Bundestag. Auf diese Weise sollen SPD-CDU-regierte Länder zur Zustimmung bewegt werden. Der Ministerpräsident machte jedoch deutlich, dass auch der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm die Position der Union voll mittrage. Der bayerische Innenminister Beckstein sagte, eine „Trickserei“ wie bei der Steuerreform werde es nicht geben.

Ausdrücklich wies Peter Müller darauf hin, dass die Äußerungen des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Ludwig Stiegler das politische Klima in der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz vergiften hätten.



P. Müller



G. Beckstein



W. Bosbach

Stiegler hatte den Vorgängerparteien von Union und FDP eine historische Mitschuld am Aufstieg Hitlers gegeben. Diese Entgleisung sei „gänzlich unerträglich“, sagte der Ministerpräsident. Es handle sich dabei um einen „Schlag ins Gesicht der Gründerväter der Union“.

Äußerungen aus der Welt schaffen

Müller erinnerte in diesem Zusammenhang an Karl Arnold und Eugen Gerstenmeier, die aus den Konzentrationslagern der Nazis befreit worden waren. „Diese Äußerungen müssen aus der Welt geschaffen werden“, bekräftigte er. Die Union erwarte ein klärendes Wort von der Spitze der deutschen Sozialdemokratie.

[http://](http://www.cdu.de/politik-a-z)

Wortlaut des Sechzehn-Punkte-Papiers: www.cdu.de/politik-a-z

Die SPD muss sich **entschuldigen**

„Die Mitte in Deutschland ist rot“ – mit diesem Slogan beansprucht die SPD wieder einmal die politische Mitte für sich. Richtig daran ist, dass die deutsche Hauptstadt, das politische Zentrum unseres Landes, seit Ende 2001 gleich von zwei roten Parteien regiert wird. Mit politischer Mitte hat das nun wirklich nichts zu tun.

Welche Doppelstrategie die SPD im Wahljahr 2002 allerdings verfolgt, wird erst im Zusammenhang mit einem anderen Vorgang richtig deutlich: So behauptet der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ludwig Stiegler, es seien die Vorläuferparteien von CDU und CSU gewesen, die Hitler verharmlost und ihn 1933 an die Macht gebracht hätten. Und daraus trage die Union eine historische Schuld, die es jetzt beim NPD-Verbotsantrag zu begleichen gelte.

Union soll nach rechts ausgegrenzt werden

Diesem in mehrfacher Hinsicht infamen und historisch so absurden wie fal-



schen Vorwurf sind die SPD-Bundestagsfraktion und ihr Vorsitzender bis heute nicht entgegengetreten. Der Vorgang ist eben Teil des Versuchs, die Union nach rechts auszugrenzen und die Mitte nur noch durch die SPD zu besetzen.

Wohin es führt, wenn Parteien meinen, die alleinige Deutungshoheit über die Geschichte zu haben und sie für die eigenen Zwecke instrumentalisieren und verbiegen zu können, zeigt das Beispiel der SED/PDS. Es bedarf deshalb noch einmal einer gesonderten Erörterung, warum SPD und PDS der Auffassung sind, ausgerechnet Rosa Luxemburg in Berlin ein Denkmal zu setzen. Schließlich ist die Säulenheilige der PDS keineswegs die glühende Verfechterin der parlamentarischen Demokratie gewesen, als die sie so gern hingestellt wird.

SPD und PDS zeichnen auch ganz gezielt ein falsches Bild von der Entstehungsgeschichte der Union.

CDU und CSU haben keine Vorläuferparteien

Die CDU war bewusst als Antwort auf die Diktatur der Nationalsozialisten, den Krieg und den Holocaust gegründet worden. Die Unionsgründer, die zum Teil noch wenige Tage und Wochen vor ihren Aufrufen zur Gründung einer neuen Partei in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten gesessen hatten, wollten ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. In den Kölner Leitsätzen vom Juni 1945 heißt es: „Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.“ CDU und CSU waren Neugründungen, die keine Vorläuferparteien hatten. Deshalb erhielten CDU und CSU im Gegensatz zur SPD nach 1945 keine Wiedergutmachung.

Natürlich gab es personelle Kontinuitäten zwischen den Weimarer Parteien, dem Zentrum, der DVP und DDP und der neu gegründeten

BRIEF AN DEN BUNDESKANZLER:

Stellen Sie klar!

Nach dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Ludwig Stiegler hat sich jetzt auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Peter Struck, die Position zu Eigen gemacht, wonach die Unionsparteien und die FDP eine politische Verantwortung für die Machtergreifung Adolf Hitlers tragen. Eine solche Verleumdung lässt nach unserer Auffassung das Niveau der politischen Debatte im Wahlkampfjahrs ins Bodenlose absinken.

Gerade angesichts extremistischer Bedrohungen von Rechts und von Links muss allen Demokraten daran gelegen sein, diese Bedrohungen gemeinsam zu bekämpfen, anstatt nun

einander zu verunglimpfen. Unser Appell an Sie lautet deshalb: Sorgen Sie in Ihrer Partei dafür, dass andere demokratische Parteien als Wettbewerber, nicht als Feinde behandelt werden. Stellen Sie klar, dass die Äußerungen von Herrn Stiegler und Herrn Struck weder die Meinung der SPD-Bundestagsfraktion noch die der SPD insgesamt wiedergeben. Es ist an Ihnen, dieses ehrverletzende Verhalten mit klaren Worten zu beenden. Wir gehen davon aus, dass auch Sie wissen: Wenn sich Demokraten gegenseitig derart abstoßend verunglimpfen, wenden sich die Bürger insgesamt von der Politik ab. Dies zu verhindern, ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Angela Merkel

Guido Westerwelle

CDU und CSU. Aber waren nicht auch Wehner und viele andere KPD-Mitglieder später sogar führende Mitglieder in der SPD? Und haben nicht gerade Union und SPD früher beide den Anspruch an sich selbst gestellt, zur Mitte hin zu integrieren? Die Union gibt diesen Anspruch auch heute nicht auf!

Die SPD verkündet schließlich ein „historisches Werturteil“, nach dem Konservative und Liberale historische Schuld in der Endzeit der Weimarer Republik auf sich geladen hätten. Die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik sind vielfältig. Aber bei allen, die sich mit dieser Frage seriös beschäftigen, ist unumstritten: So einfach, wie es die SPD darstellt, ist es nicht.

1930: Versagen der Sozialdemokraten

Natürlich ist die Rolle des Zentrum, der DDP und der DVP in der Weimarer Republik kritisch zu würdigen und die begangenen Fehler müssen auch heute noch klar benannt werden. Doch der Historiker Heinrich August Winkler, ganz bestimmt nicht im Verdacht, der SPD besonders kritisch entgegenzustehen, macht darauf auf-

merksam, dass es beim Bruch der Großen Koalition im Jahre 1930 ein Fehler eben der SPD gewesen sei, nicht die letzte Chance genutzt zu haben. Überdies hätten die Sozialdemokraten „sich gegenüber Reichsregierungen, in denen sie selbst vertreten waren, häufig so

verhalten, als seien sie nach wie vor Oppositionspartei“.

Wenn es also eine Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik gibt, dann die, dass demokratische Parteien nicht mit extremistischen Parteien, egal ob von links oder rechts, zusammenarbeiten dürfen.

UID

ANGELA MERKEL:

Die **Mitte** ist rechts von links

Die politische Mitte entstand in Deutschland als Antwort auf die furchtbare Erfahrung mit dem Nationalsozialismus. Und sie hat sich den kommunistischen Diktaturen als überlegen erwiesen. So wirkt sie auch heute: Eine starke Mitte ist die einzige Garantie gegen Rückfälle in jedwede Ideologie.

Die Wirkung, die sie nach dem Krieg entfaltete, machte sie auch zu einer Kraft der Zukunft. Sie bestimmte den Kurs der Bundesrepublik. Eine Aufgabe, die sie wieder übernehmen muss. Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren eine Zeit großer Veränderung. Die von der Globalisierung geprägte Umbruchphase, die wir derzeit erleben, ist es wieder. Wir stehen vor der Aufgabe, den besten Weg in die Zukunft zu finden. Auf der Suche nach dem besten Weg erfolgreich sein kann nur, wer Brücken schlägt. Der Gründungsimpetus der CDU zielt darauf, Brücken zu schlagen: Brücken zwischen den Konfessionen, zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, zwischen gesellschaftlichen Gruppen und zwischen den Geschlech-



tern. Dieser Brückenschlag muss immer wieder geleistet werden. Und wir haben ihn erneut geleistet. Deshalb ist die CDU des Jahres 2002 nicht mehr die CDU des Jahres 1998.

Die politische Mitte findet den besten Weg, weil sie ihn sucht. Das unterscheidet sie von anderen. Auf diesem Weg nimmt sie die Menschen mit – Schritt für Schritt. Sie findet den besten Weg, weil sie neue Chancen eröffnet und zugleich Stabilität sichert. Handeln mit Augenmaß – das ist Mitte.

Angesichts der Oberflächlichkeit und des Mutwillens, mit dem manche die Mitte zu okkupieren suchen, braucht die Diskussion klare Maßstäbe. Denn „Mitte“ ist kein Etikett, das man sich nach Belieben umhängen kann. Es reicht nicht, den Begriff im Munde zu führen: Papier ist

geduldig, aber gemessen wird man an konkreter Politik. Mitte verpflichtet.

Die Mitte ist eine Haltung

Die Mitte bestimmt sich nicht als „Abrücken von“, sondern als „Einstehen für“: für das eigene Land, für die europäische Einigung und die transatlantische Partnerschaft, für Freiheit und Verantwortung. Nicht ideologische Konstrukte für die Gesellschaft sind ihre geistige Grundlage, sondern das christliche Menschenbild, das den einzelnen in seiner Einzigartigkeit und mit seinem ganzen Potential an Entfaltungsmöglichkeiten und Mitverantwortlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Die Mitte bringt so eine Politik auf den Begriff, die vom einzelnen her denkt und pragmatisch handelt. Sie kennt keine Interessen von Klassen und Schichten, sie kennt nur Bürger. Dieser Politikansatz gibt nie den Anspruch auf, anfangs widersprüchliche Interessen auf eine richtige Entscheidung hin zu integrieren; er erschöpft sich nie in einem Gegeneinan-

der-Ausspielen von Interessengruppen. Der Mitte reicht es aber nicht, Zustimmung und Widerspruch einfach auszubalancieren. Ihr Bestreben richtet sich darauf, die Gesellschaft auf ein gemeinsames Ziel auszurichten. Politik der Mitte weiß: Sie muss den Menschen ihre Freiheit lassen; und sie kann darauf zählen, dass sie Verantwortung übernehmen – für sich und für andere.

Die Mitte hat Prinzipien

Bei allem notwendigen Pragmatismus steht die Mitte zu klaren Prinzipien. Diese Prinzipien bestimmen zunächst einmal ihre politischen Inhalte und Programme. Nicht umsonst braucht Wirtschaftspolitik der Mitte Ordnungspolitik. Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf Wettbewerb, um Wohlstand für alle zu schaffen. Rolle des Staates ist es, einen Ordnungsrahmen zu definieren, der Teilhabe sichert und Auswüchse verhindert. Wie eine Wirtschaftspolitik aussieht, die keine Prinzipien kennt, erleben wir derzeit: Sie schwankt zwischen Regulierung und Intervention, zwischen Scheinselbststän-

digkeitsgesetz und Holzmänn, zwischen Betriebsverfassungsgesetz und Bombardier. Das Ergebnis: Deutschland ist Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum im europäischen Vergleich. Wirtschaftspolitik der Mitte ist vor allem Wirtschaftspolitik für den Mittelstand: Sie setzt Anreize für Unternehmergeführte Betriebe und für den gesellschaftlichen Mittelstand der leistungsbereiten Normalverdiener. Denn sie sind es vor allem, die unseren Wohlstand schaffen. Dieser breite Mittelstand der Gesellschaft muss steuerlich endlich entlastet werden. Die Prinzipien der Mitte definieren aber auch Möglichkeiten und Grenzen für Koalitionen und Bündnisse. Jeder Versuch scheidet, den Anspruch auf die Mitte mit der eigenen Bereitschaft zu begründen, wahllos Machtbündnisse zu schmieden. Dieser Versuch kann nur von Leuten kommen, denen – das Wortspiel sei erlaubt – der „rote Faden“ fehlt. In der „Dresdner Erklärung“ vom August 1994 erklärte die SPD, eine Zusammenarbeit mit der PDS „kommt für uns nicht in Frage“. Unterzeichner unter anderen: Reinhard Höppner und Harald Ringstorff – heute beide Ministerpräsidenten in rot-rot re-

gierten Bundesländern. Die rot-rote Regierungsbildung in der deutschen Hauptstadt Berlin mahnt noch einmal zu Realismus gegenüber allen Bekundungen aus der SPD, man wolle mit der PDS auf Bundesebene nicht zusammengehen.

Ohne eine glaubwürdige Abgrenzung zu extremen Kräften aber – auf der Rechten wie auf der Linken – kann kein Anspruch auf die Mitte von Bestand sein. Die Union hat diese Abgrenzung immer konsequent vollzogen – und sie bleibt dabei. Denn für uns gilt nach wie vor, dass es keine demokratisch legitimierte Kraft rechts von uns auf Bundesebene geben darf. Wir wollen zur Mitte hin integrieren, anstatt mit Extremen zu paktieren.

Die Mitte hat Wurzeln

Modernisierung darf nie so weit gehen, den Menschen die eigene Mitte zu rauben. Politik der Mitte ermutigt zur Freiheit, zugleich aber sorgt sie für ein Umfeld der Stabilität. Institutionen und Traditionen, Region und Religion, Heimat und vor allem die Familie sind hohe Güter für die politische Mitte: weil

sie es auch im Leben der Menschen sind.

Kern unserer Gesellschaft und Kern unserer Politik ist die Familie. Die Mitte scheut sich nicht, Gutes zu bewahren, auch wenn es traditionell ist. Dazu gehört die Förderung von Ehe und Familie gegenüber anderen Lebensformen. Auch die Aufgabe, Stabilität und Verwurzelung des Gemeinwesens insgesamt zu sichern, macht sich die Mitte zu eigen. Deshalb ist die Frage so wichtig, was Integration von Einwanderern bedeutet. Reichen zulängliche Sprachkenntnisse – oder brauchen wir nicht vielmehr ein offensives Bekenntnis zu unserer aufgeklärten Gesellschaft, zu unserem europäischen Erbe, ein Ja auch zum Patriotismus?

Die Mitte ist Bewegung

Die politische Mitte in Deutschland war immer schon eine Kraftquelle des Fortschritts. Von den Römischen Verträgen bis zur Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes, vom Kindergeld bis zur Einführung des Katalysators, von einer modernen Medienindustrie bis zum Euro: die Mitte ist Bewegung. Was wir dagegen derzeit erleben,

ist Stillstand, ja Rückschritt. Der Arbeitsmarkt wird nicht geöffnet, er wird immer weiter reguliert. Die Rechnung kommt mit den Arbeitslosenzahlen. Statt auf mutige Reformkonzepte setzt die jetzige Regierung auf strukturkonservative Politik. Zukunftsfähig ist das nicht.

Die Mitte will Bewegung. Sie weiß: Reformen dienen dazu, neue Sicherheiten zu schaffen da, wo sich alte Sicherheiten auflösen: in der Altersvorsorge, in der Gesundheitspolitik, bei den Erwerbsbiographien, in der Bildung, um nur einige Stichworte zu nennen. Reformen werden uns gelingen, weil wir dem einzelnen den Nutzen von Reformen glaubhaft machen können.

Mitte ist Reformkraft, Kraft des Fortschritts – und Quelle neuer Stabilität. All das braucht Deutschland dringend. Unsere Erfolge aus der Wirtschaftswunderzeit unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts wieder möglich zu machen, ist Ziel einer neuen Sozialen Marktwirtschaft. Eine vorbildliche Rolle Deutschlands in Europa, eine starke Rolle Europas in der Welt: auch das sind zentrale Zukunftsprojekte der politischen Mitte in Deutschland. Wenn andere Parteien im Wahljahr in einen Wettbewerb um die

Mitte eintreten wollen – CDU und CSU kann das nur recht sein. Denn es rückt unsere Stärke in den Fokus. Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist die Union fest in der politischen Mitte verankert – in ihrem politischen Handeln in Regierung und Opposition ebenso wie im Bewusstsein der Bürger.

Als das Meinungsforschungsinstitut Emnid jüngst nach der Verortung der großen Parteien auf einem Spektrum von 1 (links) bis 10 (rechts) fragte, haben die Deutschen die CDU mit einem Wert von 5,8 fast exakt der Mitte (5,5) zugeordnet; die Sozialdemokraten hingegen schieben sie mit einem Wert von 4,1 auf den linken Flügel. Ganz klar: Die Mitte ist rechts von links.

Nach vier verlorenen Jahren braucht Deutschland jetzt wieder eine Regierung der Mitte. Das sieht auch die Mehrheit der Deutschen so. Nach dem Scheitern des rot-grünen Experiments ist das politische Deutschland auf dem Heimweg.

Der Namensartikel
der Parteivorsitzenden
ist in der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“
vom 18. Februar
erschienen.

JEDEN FÜNFTEN Wähler hat die SPD seit der Bundestagswahl 1998 im Osten verloren. Wenn morgen gewählt werden würde – so Ennid-Chef Klaus-Peter Schöppner in der „Ostseezeitung“ –, erhalte die CDU 33 Prozent der Stimmen, die SPD nur noch 30. Die PDS käme auf 26 Prozent, die FDP auf fünf. Die Grünen würden mit zwei Prozent Einzug in den Bundestag nicht schaffen.

ALS UNZULÄSSIG hat der Staatsgerichtshof des Landes Hessen die Grundrechtsklage des Landesverbands der Grünen und eines Bürgers gegen das Ergebnis der hessischen Landtagswahl am 7. Februar 1999 zurückgewiesen. Die Landesregierung appellierte an SPD und Grüne: Sie sollten ihre ständigen Versuche beenden, das Thema Finanzaffäre „am Köcheln zu halten“, und sich der politischen Sacharbeit zuwenden.

GANZJÄHRIG, das heißt: über die bisher allein zulässigen Jubiläums-, Sommer- und Winterschlussverkäufe hinaus, will die hessische Landesregierung künftig Sonderverkaufsveranstaltungen im Einzelhandel erlauben. „Die staatliche Regulierung in diesem Punkt

EIN NEUES AMT für Erwin Marschewski:

Er wurde mit Wirkung vom 1. Januar zum neuen Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) gewählt. Dieses neunköpfige Gremium kontrolliert die Tätigkeit des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und des Bundesnachrichtendienstes (BND). Neben seiner Aufgabe als innenpolitischem Sprecher der CDU/CDU-Bundestagsfraktion übt Erwin Marschewski ein weiteres verantwortungsvolles parlamentarisches Amt aus. Marschewski: „Gerade heute sind die Aufgaben der Dienste und der PKGr angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus von eminenter Bedeutung. Sie gewährleisten die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland, wehren mögliche Eingriffe von außen ab und bekämpfen u.a. Terrorismus, Waffenhandel und Geldwäsche.“



stammt aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise. Sie ist unter den heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen überholt“, erklärten Wirtschaftsminister Dieter Posch und Justizminister Christean Wagner zu einer entsprechenden Bundesratsinitiative des Landes.

KEINE BELEBUNG der Konjunktur erwarten die deutschen Unternehmer für die allernächste Zeit. Erst im Jahresverlauf sei mit einem eher „kraftlosen Wachstum“ zu rechnen. Entsprechend „gedrückt“ ist die Stimmung, wie eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags bei mehr als 25.000 Unterneh-

mern ergab. Die schlechten Ertragsaussichten deuten auf einen weiteren Anstieg der Insolvenzen hin. Auf Abbau stehen auch die Zeichen am Arbeitsmarkt.

FAST 70 PROZENT aller Studenten der Informationstechnologie (IT) brechen ihr Studium vorzeitig ab. Das hat der Fachverband BITKOM (Berlin) ermittelt. Die Gründe: mangelhafte Betreuung an vielen Hochschulen, falsche Erwartungen der Studenten, fehlender Praxisbezug vor allem im Grundstudium. Erfolgreich abgeschlossen haben im vergangenen Jahr ihr Studium 5.700 IT-Studenten. **UID**

Das ostdeutsche Gesundheitswesen steht vor großen **Problemen**

Die Bundesregierung hat mit der Einführung der sektoralen Budgetierung durch das GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz 1999 und die Fortschreibung im GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000 wesentlich dazu beigetragen, dass die ambulante medizinische Versorgung der Versicherten nicht mehr leistungsgerecht honoriert wird. Dies führt nicht nur zu einer Gefährdung der Qualität der medizinischen Versorgung; durch die Deckelung der ärztlichen Honorare sind viele Ärzte insbesondere in Ostdeutschland nicht mehr in der Lage, ihre Praxis wirtschaftlich zu führen.

Die Honorare aus kassenärztlicher Tätigkeit liegen im Durchschnitt um über 20% niedriger als die westdeutscher Ärzte. Aufgrund der höheren Krankheitshäufigkeit in den neuen Ländern haben niedergelassene ostdeutsche Kassenärzte im Durchschnitt ein um 15 % höheres Arbeitsaufkommen als die niedergelassenen Kassenärzte in Westdeutschland. Die Folge ist, dass es

kaum mehr gelingt, Arztpraxen in ländlichen Regionen neu zu besetzen.

Eine weitere Ungerechtigkeit besteht im Vergleich zu Ärzten, die in ostdeutschen Krankenhäusern beschäftigt sind und nach „BAT Ost“ bezahlt werden. Diese erhalten bisher 88,5 % und ab dem Jahr 2002 immerhin 90 % des Westgehalts.

Trotz der Besserstellung ostdeutscher Krankenhausärzte gegenüber niedergelassenen ostdeutschen Kassenärzten sieht es inzwischen im stationären Bereich kaum besser aus als im ambulanten: Auch in ostdeutschen Krankenhäusern fehlen immer mehr Fachärzte, die wegen der ungleichen Honorierung einen Arbeitsplatz in einem westdeutschen Krankenhaus vorziehen.

■ Parlamentarische Initiativen der Union

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte am 28. März 2001 einen Gesetzentwurf zur „Einführung des Wohnortprinzips bei den

Vereinbarungen über die ärztliche Gesamtvergütung“ (BT- Drs. 14/5694) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Ein Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur „Einführung des Wohnortprinzips bei Honorarvereinbarungen für Ärzte und Zahnärzte“ (BT- Drs. 14/5960) folgte erst im Mai 2001.

■ Die bundesweite Einführung des Wohnortprinzips verfolgt den Zweck, dass insbesondere die Betriebskrankenkassen gehalten sind, mit den kassenärztlichen Vereinigungen am Wohnsitz des Versicherten Verträge auszuhandeln. Bislang ist das nicht der Fall gewesen. Die Vergütungen für vertragsärztliche Leistungen werden für landesunmittelbare Kassen (z.B. AOK Sachsen, IKK Sachsen) zwischen diesen und den jeweiligen kassenärztlichen Vereinigungen vor Ort verhandelt, sog. Gesamtvergütung. In der Regel zahlen die Kassen dabei (mit befreiender Wirkung) mitgliederbezogene Kopfpauschalen. Für Ersatzkassen (z.B. Barmer,

DAK) ist dieses Verfahren ebenfalls gesetzlich vorgesehen. Nach bisherigem Recht können vor allem für die bundesunmittelbaren Betriebskrankenkassen keine Gesamtvergütungen (Kopfpauschalen) in den Ländern ausgehandelt werden. Die Vergütung der Ärzte erfolgt stattdessen über den sog. Fremdkassenausgleich. Den Kassenärztlichen Vereinigungen in den neuen Ländern, in deren Region viele Versicherte dieser Betriebskrankenkassen wohnen, deren Sitz sich aber in den alten Ländern befindet, gehen deshalb jährlich dreistellige Millionenbeträge verloren. Mit Einführung des Wohnortprinzips soll dieser ungerechte Zustand beseitigt werden.

■ Eine am 30. Mai 2001 vor dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages durchgeführte Anhörung zur Einführung des Wohnortprinzips machte allerdings deutlich, dass es weitergehender Maßnahmen bedarf, um die Unterfinanzierung der vertragsärztlichen Versorgung in den neuen Ländern zu beseitigen. Mit einem Änderungsantrag (BT-Drs. 14/6608) beabsichtigte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Vergütung kassenärztlicher Leistungen in den neuen Bundesländern

ab 2001 in zwei Jahresritten um zusätzlich (zur Grundlohnsummensteigerung) 5%-Punkte anzuheben. Dies hätte ab dem Jahr 2002 immerhin zu einer Vergütung von 87 % des Westniveaus und damit zu einer größeren Verteilungsgerechtigkeit geführt.

Sowohl Gesetzentwurf als auch Änderungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind mit rot-grüner Stimmenmehrheit am 6. Juli 2001 im Deutschen Bundestag abgelehnt worden.

Vermittlungsergebnis: ein Kompromiss

Nach vielen Bemühungen um einen Kompromiss einigten sich die Mitglieder des Vermittlungsausschusses am 7. November 2001 auf folgendes Ergebnis: Bei der Vereinbarung der Gesamtvergütung für die Jahre 2002 bis 2004 soll die Veränderungsrate in Ostdeutschland um jährlich bis zu 3 %-Punkte, insgesamt jedoch höchstens 6 %-Punkte, überschritten werden, sofern in dem genannten Zeitraum die damit verbundenen Mehrausgaben durch Minderausgaben bei den Leistungen von Krankenkassen und Leistungserbringer in dem jeweiligen Land erwirt-

schaftet werden und insoweit die Beitragssatzstabilität durch die Erhöhung nicht gefährdet wird.

Höchstens als Teilerfolg zu werten

Der im Vermittlungsausschuss erzielte Kompromiss ist alles in allem höchstens als Teilerfolg zu werten, und zwar allein vor dem Hintergrund, dass im Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur Einführung des Wohnortprinzips ursprünglich überhaupt keine zusätzliche Anhebung der Arzthonorare Ost vorgesehen war.

Ob die im Vermittlungsergebnis angestrebte Honoraranhebung zugunsten der ostdeutschen Kassenärzte unter den genannten Voraussetzungen auch tatsächlich erreicht werden kann, steht in den Sternen! Tatsache ist dagegen, dass bereits heute mehr und mehr Arztpraxen in den neuen Ländern leer stehen, und dass immer mehr Arztpraxen in Ostdeutschland nur noch mit Notdienst betrieben werden können. Tatsache ist auch, dass es viel weiter gehender Schritte bedarf, um die medizinische Versorgung der Menschen in Ostdeutschland dauerhaft auf sichere Beine zu stellen.

UD

Herzlich willkommen

>> www.CDU.de >> www.CDUCSU.de >> www.CSU.de

CDUNET
DAS MITGLIEDERNETZ

Mit dem Internet **fit** für den Wahlkampf

Das Internet spielt eine immer wichtigere Rolle in der politischen Kommunikation – sowohl innerhalb der Partei als auch bei den Wählern.

Dass die CDU hier auf dem richtigen Weg ist, zeigt sich daran, dass **www.cdu.de** im Vergleich der Internet-Angebote der politischen Parteien auf Platz eins liegt. Den Kompetenzvorsprung wollen wir auch im Bundestagswahlkampf nutzen.

Was ist das KandiNet?

Eine zentrale Rolle in der parteiinternen Wahlkampf-Kommunikation wird das KandiNet unter **www.kandinet.de** spielen. Im KandiNet finden die Bundestagskandidaten und Kreisgeschäftsführer eine vollständige Übersicht über den Kandidaten-Service der Bundesgeschäftsstelle für die Bundestagswahlen am 22. September.

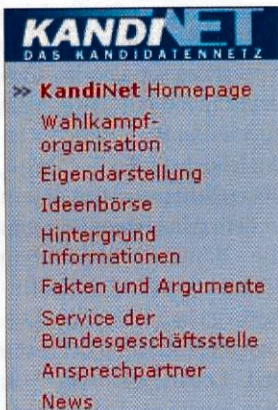
Der Online-Service der Bundesgeschäftsstelle wird den Schwerpunkt im KandiNet zunächst auf die not-

wendigen Vorbereitungen des Wahlkampfs legen. In der heißen Phase werden auf diesem Weg aktuelle Informationen, Argumentationshilfen und Redebausteine zur Verfügung gestellt.

Für wen ist das KandiNet?

Diese Internet-Plattform wurde speziell für die Bundestagskandidaten und deren Wahlkampfteams konzipiert und programmiert.

Sobald ein Bundestagskandidat nominiert ist, kann er sich mit seiner Mitgliedsnummer ins KandiNet einwählen.



Wahlkampfmitarbeiter müssen sich unter **kandinet@cdu.de** registrieren lassen. Sobald die Mitarbeiter einen formlosen Nachweis für ihre Zugehörigkeit zu einem Wahlkampfteam erbracht haben, erhalten sie einen eigenen Zugangscodex. Das geht schnell und unbürokratisch.

Was finde ich im KandiNet?

Der nominierte Kandidat und sein Team erhalten im KandiNet ein umfassendes Informationspaket zu allen notwendigen Vorbereitungen eines erfolgreichen Wahlkampfs. Im Augenblick umfasst das Angebot:

- eine vollständige Übersicht über die Leistungen des Kandidaten-Service,
- einen Leitfaden zur Kampagnen-Planung,
- Seminar-Angebote,
- Materialien zur Werbelinie,
- wahlkampfrelevante Internet-Links und nützliche Tipps,
- wichtige Kontaktadressen.

>> Anmeldung

Bitte identifizieren Sie sich als CDU-Mitglied.

Ihr Nachname

Ihre Mitgliedsnummer
 - -



Adresse **www.kan-dinet.de**. Bitte geben Sie einfach diese Adresse in die Kommandozeile Ihres Browsers ein (Netscape Navigator oder Microsoft Internet Explorer). Zusätzlich finden Sie im öffentlichen Internet-Agebot der CDU unter **www.cdu.de** in der rechten Spalte einen

Im KandiNet erhalten Kandidaten darüber hinaus Angebote und Hinweise zur Erstellung von Prospekten, Plakaten und Visitenkarten sowie ihrer persönlichen Homepage.

Sie finden Vorschläge für geeignete Kleinwerbe-mittel und Tipps zur Kampagnen-Planung. Bei Fragen zur strategischen Anlage des Wahlkampfes hilft Herbert Müller. Sein Beratungsangebot kann eben-

falls über das KandiNet abgerufen werden.

Das Angebot wird erweitert durch eine „Ideen-börse“, mittels derer sich die Kandidaten über ihre Wahlkampf-Aktionen austauschen können.

Wie komme ich ins KandiNet?

Das KandiNet erreichen Sie unter der Internet-

Link zum Mitgliedernetz.

Über beide Wege gelangen Sie zu einer Eingabe-Maske, in die Sie nur noch Ihren Nachnamen und Ihre Mitgliedsnummer eingeben müssen.

WICHTIG: In den Sicherheitseinstellungen Ihres Internet-Browsers müssen die so genannten cookies aktiviert sein. Dies ist Voraussetzung für die Nutzung des KandiNet.

KANDIDATENSERVICE: Seit Ende Juni im letzten Jahr ist die **Kandidaten-Hotline** geschaltet: 030/220 70-233. **Kandidatenplakate:** Auch zur Produktion ihrer Plakate erhalten die Kandidaten ein entsprechendes Angebot. **Fotoservice:** Um ein einheitliches Bild der Kandidaten für Plakate und Prospekte zu gewährleisten, werden Fototermine gegen

Kostenerstattung den Kandidaten angeboten. Erste Fototermine sind bereits durchgeführt worden. Weitere finden im März statt. **Kandidatenprospekte:** Anfang März erhalten die Kandidaten zwei Versionen eines Musterprospekts mit einem entsprechenden Produktionsangebot. **Teamausstattung:** Angebot an T-Shirts, Jacken, Caps mit Eindruckmöglichkeiten.

Dialog der Kulturen – Worauf es ankommt

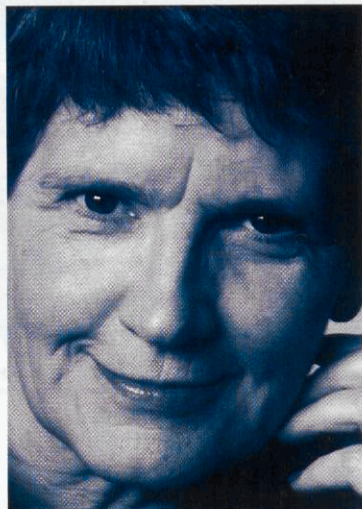
„Wir müssen die Mauern der Vorurteile einstürzen lassen“ lautete die zentrale Forderung bei der gemeinsamen Veranstaltung der CDU und der Frauen-Union zum Thema „Dialog der Kulturen – Worauf es ankommt“ in Berlin.

Professor Johannes Lähnemann plädierte in seinem Einführungsreferat für „Visionen ohne Illusionen“ auf dem Weg zu einer Verständigung von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen in Deutschland.

Emine Demirbükten, Ex-pertin für Bildungs- und Ausländerfragen aus Berlin, Michel Friedman, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Barbara John, Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin, und Jürgen Micksch, geschäftsführender Vorsitzender des Interkulturellen Rats, diskutierten unter Leitung des Direktors der Evangelischen Akademie Loccum, Fritz Erich Anhelm, über Wege des Dialogs.

Den ersten Schritt auf den anderen zu machen

Das Fazit der Teilnehmer, die alle selbst aktiv



Werten und nicht das Beharren auf starren Prinzipien. Wichtig ist auch, dass wir nicht nur nach Konsens suchen, sondern, dass wir lernen eine konstruktive Streitkultur zu leben.

Angela Merkel und Maria Böhmer danken Rita Süßmuth

Zu der Veranstaltung hatten CDU und

daran beteiligt sind, die Verständigung von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft voranzutreiben, lautet: Es ist wichtig, anzufangen und den ersten Schritt auf den anderen zu zu machen. Kenntnis der eigenen Identität, Toleranz und Freiheit des Einzelnen sind tragende Elemente, ohne die ein Dialog der Kulturen nicht zum Erfolg führt. Dabei kommt es insbesondere auf die Vermittlung der religiösen Grundlagen der eigenen Kultur an. Dies schließt die Notwendigkeit von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrern ein. Toleranz bedeutet die Verteidigung von

Frauen-Union aus Anlass des 65. Geburtstages von Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D. und Ehrenvorsitzende der Frauen-Union, eingeladen. Die Parteivorsitzende Angela Merkel betonte in ihrer Ansprache, dass Rita Süßmuth mit ihrem politischen Lebenswerk für den interkulturellen Austausch stehe.

Die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Maria Böhmer, würdigte ihre Vorgängerin als ein Symbol für den Aufbruch der Frauen in der CDU und für die Frauen insgesamt. Dank ihrer langjährigen Arbeit sei die Frauen-Union zu einer festen Größe im politischen Gefüge der CDU geworden. **UD**

CDA-BUNDESVORSITZENDER HERMANN-JOSEF ARENTZ:

Wir setzen uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für **gute** Betriebsräte ein

Der Betriebsrat als Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb ist ein wichtiges Instrument für die Sicherung des sozialen Friedens. Betriebsratsmitglieder leisten damit einen Dienst, der über die Grenzen des Betriebes hinaus für unsere Gesellschaft sehr wertvoll ist.

Noch immer gibt es viele betriebsratsfähige Betriebe, in denen keine Betriebsräte vorhanden sind. Viele Belegschaften haben in der Vergangenheit zu spät gemerkt, dass es auch für ihren Betrieb besser gewesen wäre, wenn ein Betriebsrat bestanden hätte.

Kandidaten gesucht

Nach den geänderten Wahlvorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes

**BETRIEBSRATSWAHLEN IN
DIESEM JAHR:
1. MÄRZ
BIS 31. MAI**

Wählt gute
Betriebsräte

CDA



können ab sofort in Betrieben ohne Betriebsrat Wahlen eingeleitet werden, wenn die Beschäftigten dies wollen und Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung stehen.

Die CDA appelliert an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Wahlen einzuleiten und sich als Kandidaten zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass politisch engagierte Arbeitnehmer im Betriebsrat und umgekehrt Betriebsratsmitglieder in den demokratischen Parteien mitarbeiten. Betriebsräte stehen mitten im Leben und mitten in der Arbeitswelt. Sie müssen von den Parteien gehört und unterstützt werden, damit die Politik die „Bodenhaftung“ nicht verliert. Aber die Parteien sind aufgerufen, Par-

teipolitik aus den Betriebsräten herauszuhalten, wie es dem Geist des Betriebsverfassungsgesetz entspricht. Keine demokratische Gruppe in der Arbeitnehmerschaft darf von der Mitarbeit ausgeschlossen oder benachteiligt werden.

Einander helfen

Die CDA wendet sich gegen alle Bestrebungen, Betriebsräte und Gewerkschaften zu spalten. Beide Institutionen brauchen und ergänzen einander. Wir wollen starke Gewerkschaften, Gewerkschaften, die bereit sind, den Betriebsratsmitgliedern – ungeachtet der politischen Orientierung – zu helfen, ihr Amt wirkungsvoll auszufüllen. Wir setzen uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für gute Betriebsräte ein.

<http://>

Weitere Informationen – Gesetz/Wahlordnung, Wahlformulare, Faltblätter/Flugblätter, Werbematerial der CDA, Seminarangebote – www.cda-bund.de



MEINUNGSBILD

Schröder auf einer sinkenden Bohrinsel

Die Pannenserie zieht Schröders Kabinett nach unten. Im Meinungsbild hat Rot-Grün keine Mehrheit mehr. Die jüngste Forsa-Umfrage ist ein Warnsignal. Gründe gibt es viele. Entscheidend ist, dass der Kanzler wie auf einer sinkenden Bohrinsel sitzt. Er kann das Niveau des Regierens nicht halten. Stoiber ist ein ernster Herausforderer, harter, solider Arbeiter – ohne Allüren. Schröder schwingt Worte. Dieser Unterschied beginnt zu wirken.

BildZeitung

SCHARPING

Maulkorb

Über guten Stil lässt sich bekanntlich trefflich streiten, über den schlechten Bundesverteidigungsminister längst nicht mehr. Darf aber der Vorsitzende des Bundes-

wehrverbands, Oberst Gertz, seinen obersten Vorgesetzten als „Witzblattfigur der Bundesregierung“ titulieren? Nach Meinung von Generalinspekteur Kujat nicht. Das Verteidigungsministerium prüfe disziplinarrechtliche Schritte. Mehr als fraglich ist, ob sich tatsächlich auf diesem Wege das mehrfach ramponierte Ansehen des SPD-Politikers wieder herstellen lässt. Immerhin durfte Gertz noch im vergangenen September über den hin und wieder behelmten Bademeister von der Hardthöhe feststellen, er habe „jegliche Autorität“ bei den Soldaten verloren.

Frankfurter Allgemeine

„BLAUER BRIEF“

Pyrrhussieg

Mit Mühe und Not ist es Bundesfinanzminister Eichel gelungen, die Verwarnung aus Brüssel abzuwehren. Das mag für die Wahlkampfstrategen der SPD ein innenpolitischer Erfolg sein. Es ist aber in jedem Fall eine Nie-

derlage für Europa. In einer hektischen Sitzung hat der EU-Ministerrat einen Grundpfeiler der Währungsunion eingerissen: den Stabilitätspakt. Süddeutsche Zeitung

Schröder kündigt Stabilitätspakt auf

Vor vier Jahren schmiedeten die Deutschen den Stabilitätspakt für Europa. Diesen Pakt hat Kanzler Schröder jetzt aufgekündigt. Mit massiven Druck hat er den blauen Brief wegen hoher Schulden an seine eigene Adresse verhindert. Er hat die Interessen der Bürger an finanzieller Solidität dem Wahlkampfinteresse seiner Partei, der SPD, geopfert. Schlimmer noch: Nach Schröders Mausechlei sind in Europa dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

BildZeitung

Unverantwortlich

Die Opposition wird im Wahlkampf dafür sorgen, dass die eigentlich berechnete Mahnung der EU-Kommission nicht vergessen

wird. Und Eichel hat nichts mehr, womit er auf verstärktes Sparen in Bund, Ländern und Gemeinden drängen kann. Der „blaue Brief“ wäre ein schönes Drohmittel gewesen. Innerhalb Europas verliert Deutschland an Ansehen, und die EU-Kommission ist geschwächt. Schröder hat unverantwortlich gehandelt.

Die Welt

Jetzt höhere Steuern?

Eichel hat sich von dem blauen Brief der EU mit Versprechen freigekauft, die er nach Ansicht der meisten Finanzexperten nicht halten kann: dass die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik bis 2004 unter dem Strich so gut wie keine Fehlbeträge mehr aufweisen würden. Der CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag, Friedrich Merz, kommentierte: „Das glaubt niemand.“ Eine mögliche Erklärung dafür, wie der Minister sein Ziel erreichen könne, liefern das Kieler Institut für Weltwirtschaft und das DIW in Berlin: Das große Sparen werde jetzt nicht ausbrechen. Statt dessen seien

Steuererhöhungen zu befürchten. Rheinische Post

STIEGLER

Klinischer Fall

Die Versuche des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ludwig Stiegler, Christdemokraten und Liberalen per nachträglicher Sippenhaftung die Mitschuld an der nationalsozialistischen Diktatur anzuhängen, sind so absurd, so bar historischen Verständnisses, dass man den Fall in jeder selbstbewussten Demokratie in den Bereich des Klinischen verweisen und zur Tagesordnung übergehen würde. Dass führende Politiker der rot-grünen Koalition sich nicht zu einer Distanzierung durchringen können, lässt allerdings die Frage aufkommen, ob hinter dem Wahnsinn nicht doch Methode steckt. Angesichts der Regierungsbilanz wäre es verständlich, wenn Schröders Strategen den Wahlkampf nicht politisch, sondern als Kampagne gegen eine rechte Gefahr füh-

ren wollten. Zu rechtfertigen wäre es nicht Die Welt

TERRORISMUS

Wo, warum und unter wessen Patronat?

Die Muslime dürfen sich nicht der Aufgabe verweigern, zu ergründen, wo, warum und unter welchen politischen Konstellationen Islamismus und Fundamentalismus gedeihen und wo, warum und unter wessen Patronat sie die Grenze zum Terrorismus überschreiten. Der Vorwurf, der Westen setze nach den Anschlägen von New York und Washington Islam und Terrorismus gleich, verrät nur, dass der Wille zur Selbsterforschung noch nicht hinreichend ausgeprägt ist. Die Suche müsste auch das Trennende zutage fördern, das sich in entgegengesetzten gesellschaftlichen Entwürfen widerspiegelt und in politischen Organisationsformen, die von der Demokratie bis zur Despotie reichen.

Frankfurter Allgemeine



Gestaltungsvorschlag für die Aktionwoche „Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik“

Canvassingstand gestaltet mit unserem Aktionsplakat und den CDU-Logo auf der Aufsatzblend.

Logo-Bogen CDU
12 Aufkleber
in verschiedenen Größen

Best.-Nr.: 0546
1 Rolle: 14,90



Plakat

„Wirtschaftswachstum
made by Schröder –
Letzter in Europa.“

DIN A1

Best.-Nr.: 7812

50 Expl. 18,- €

**Wirtschaftswachstum
made by Schröder –
Letzter in Europa.**



Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.

Wirtschaftswachstum

Wirtschaftswachstum
made by Schröder –
Letzter in Europa.



Leporello

„Wirtschaftswachstum“

Best.-Nr.: 2813


100 Expl. 15,- €

Postkarte „400 Euro“

Best.-Nr.: 9814

500 Expl. 40,- €

400€

Abbildungsmuster: vertriebs-Verfahren für Beschäftigte. 

Werbemittel

„Saatpostkarte Wildblume“

Best.-Nr.: 9811

200 Expl. 80,- €





Union Betriebs GmbH
Postfach 1190 53348
Rheinbach PVSt, Deutsche Post AG Entgelt bezahlt.

Wirtschaftswachstum made by Schröder – Letzter in Europa.



Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

Es geht eben nicht mit Links.



Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

„Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, dann haben wir es weder verdient, wiedergewählt zu werden, noch werden wir wiedergewählt.“
(Gerhard Schröder)

Schneider Spindel No. 02, 01. 6. 1992

Schneider zum Anrufen
030 320 10 220

Wir er nicht hat, hat er nicht. **CDU**

... aber im September gib't Zeugnisse.



Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

Der rote Faden in Schröders Wirtschaftspolitik:



Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

Falsches Pferd, Herr Schröder: Deutschland ist Letzter beim Wirtschaftswachstum in Europa.



Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

Postkarten-Edition

„Wirtschaftswachstum made my Schröder“

Best.-Nr.: 9815

5 Sets (1 Set = 6 Motive) 1,85 €

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cd-shop@bertelsmann.de